

Kreisverband Mühldorf a. Inn, Mühldorfer Str. 54, 84419 Schwindegg

Herrn Landrat  
Georg Huber  
Töginger Straße 18  
84453 Mühldorf a. Inn

Verfasser Karl Dürner  
Telefon: 08082-9304-0  
Telefax: 08082-9304-44  
E-Mail: KDuerner@gemeinde-  
schwindegg.de  
Zeichen:

Schwindegg, den 27.1.16

Offener Brief an Ministerpräsident;  
Mitwirkung der Gemeinden

Sehr geehrter Herr Landrat Georg Huber,  
lieber Schorsch,

angesichts der äußerst schwierigen Situation in der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Landkreis sind wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister uns bewusst, welche Leistungen, die ohne Zweifel oft die zumutbare Belastungsgrenze übersteigen, hier von dir und deinen Mitarbeitern erbracht werden.

Trotzdem kann ich als Vertreter der Bürgermeister des Landkreises im Bayerischen Gemeindetag deinen sog. „Brandbrief“ an den Herrn Ministerpräsidenten, den wir Bürgermeister grundsätzlich von der Sache her angesichts der prekären Situation im Landkreis für richtig und dringend notwendig ansehen, in einer eklatanten Aussage nicht nachvollziehen und weise die Aussage oder Anmerkung „Darüber hinaus erhalten wir von den 31 Gemeinden im Landkreis bei der Unterbringung der Bewerber keinerlei Hilfe.“ mit Entschiedenheit zurück!

Sicher mag es sein, dass anfänglich oder zwischenzeitlich die eine oder der andere Bürgermeister sich der „Ernsthaftigkeit“ der Lage oder seiner Verantwortung nicht ganz bewusst war, oder die Situation falsch eingeschätzt hat, aber das ist inzwischen absolut nicht mehr der Fall. Es gibt keine einzige Gemeinde im Landkreis, die aktiv versucht, die Unterbringung von Asylbewerbern zu verhindern, wie der Vorwurf im Brief lautet. Und gerade diejenigen, die euch von Anfang an nach Möglichkeit unterstützen, empfinden das Schreiben als Ohrfeige!

„Niemand kann gezwungen werden, mehr zu tragen, als er kann“ ist das Motto deines Hilferufes an den Ministerpräsidenten, und das möchte ich auch für unsere Bürgermeister im Landkreis geltend machen: Jede Kommune schafft nach ihren Möglichkeiten Unterkünfte für Asylbewerber, hilft bei der Suche und Anmietung mit, wir Bürgermeister motivieren uns gegenseitig, diese Aufgabe gemeinsam und solidarisch mit dem Landkreis zu lösen. Wir bereiten ganz nebenbei auch unsere kommunalen Einrichtungen – etwa Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen – auf die unerwarteten Zuzüge vor.

Wir kennen unsere Verantwortung und oberste Priorität ist der soziale Friede in unseren Gemeinden. Unsere ehrenamtlichen Helfer leisten Sensationelles, an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit, aber es herrscht auch große Angst und Unzufriedenheit unter vielen Bürgern. Und im Besonderen wissen wir alle, dass wir uns auch bei bester Zusammenarbeit nicht über die finanziellen oder familiären Vorstellungen und sozialen und sicherheitsmäßigen Bedenken der möglichen Privatvermieter hinwegsetzen können!

Die Bürgermeister sind alle zur Zusammenarbeit bereit – zumindest waren Sie es bis vor deinen Brandbrief! Ich meine, dass wir in ständigem Austausch und Miteinander tagtäglich nach Lösungen suchen müssen, um die Flüchtlinge auch in humaner Weise unterzubringen. Konfrontationen und polemisierende Vorhaltungen bringen uns nicht weiter; ein „Weiterschieben“ der Belastung nach unten auf die Gemeinden ebenfalls nicht.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Dürner', written in a cursive style.

Dr. Karl Dürner  
Kreisverbandsvorsitzender